85 Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion nimmt die Orwell‘sche Sprachverdrehung hierzulande mittlerweile atemberaubende Züge an. Nach dem „Vernichtungskrieg“, den der „zweite Hitler“ im Kreml seit über vier Jahren angeblich gegen die Ukraine führt, wird nun auch noch ungeniert eine „bedingungslose Kapitulation Russlands“, eine „Stunde Null“ mit anschließendem Kriegsverbrecherprozess eingefordert. Höchste Zeit, die Maßstäbe wieder richtigzustellen: Ein veritabler Vernichtungskrieg war Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion, der von Anfang an als solcher geplant war. Fast 27 Millionen Sowjetbürger fielen ihm zum Opfer. Von **Leo Ensel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260625_Vernichtungskrieg_Teil_II_Jeden_totschiessen_der_nur_schief_schaut_Vor_85_Jahren_ueberfiel_Hitler_Deutschland_die_Sowjetunion_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Hier können Sie nochmal den ersten Teil nachlesen.

Seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine wurde in Kiew immer wieder erklärt – und von den deutschen Leitmedien bis heute begierig aufgegriffen –, Russland führe einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Ukraine. In einem Land, in dem bei gefühlt jeder dritten öffentlichen Debatte ein unzulässiger „Hitler-Vergleich“ oder eine „Relativierung des Holocaust“ dingfest gemacht wird, überrascht die Gedankenlosigkeit, mit der dieser Begriff seitdem fast überall nachgeplappert wird. Den Vorwurf einer Relativierung der deutschen Verbrechen im Krieg gegen die Sowjetunion hat man in diesem Zusammenhang jedenfalls noch nirgends vernommen. Wenn aber jemals ein Krieg die Bezeichnung „Vernichtungskrieg“ verdient hat, dann der, den Wehrmacht und SS zwischen 1941 und 1944 auf dem Territorium der Sowjetunion führten.

Verbrecherische Befehle und Massenmord

Die Wehrmacht leistete hier keineswegs, wie später in der Nachkriegszeit suggeriert, höchstens widerwillig ‚Dienst nach Vorschrift‘. Bereits Hitlers Anweisung, jeden totzuschießen, „der nur schief schaue“, war von ihr schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion ‚proaktiv‘ in verbrecherische Befehle gegossen worden.

Mit dem am 13. Mai 1941 vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) verfügten

„Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ wurde u.a. der Verfolgungszwang für „Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht gegen feindliche Zivilpersonen begehen“, aufgehoben. Dies sollte auch dann gelten, „wenn die Tat ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist“. Damit wurde den deutschen Soldaten de facto ein Freibrief erteilt und die sowjetische Zivilbevölkerung schutzlos der Willkür lokaler Befehlshaber ausgeliefert. Nur wenige Wochen später, am 6. Juni 1941, erließ das OKW den „Kommissarbefehl“. Die politischen Kommissare galten als die ideologischen Funktionäre innerhalb der Roten Armee und wurden nicht als Soldaten anerkannt. Sie sollten im Kampf oder sofort „nach durchgeführter Absonderung“ getötet werden.

Mit beiden Befehlen setzte die Wehrmachtsführung – in voller Kenntnis der verbrecherischen Folgen ihrer Anordnungen – wesentliche Bestandteile des damals geltenden Kriegsvölkerrechts außer Kraft, das eine Reihe von international anerkannten Grundsätzen, vor allem zum Schutze der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen, enthielt. Damit schuf die Führung der Wehrmacht die wesentlichen Voraussetzungen für einen bis dahin präzedenzlosen Rassen- und Vernichtungskrieg, vor allem gegen die jüdische Bevölkerung.

Genozide und Wüstenzonen

Der systematische Massenmord an den europäischen Juden begann auf dem Gebiet der Sowjetunion. Anfängliche punktuelle brutalste antijüdische Pogrome der lokalen Bevölkerung, vor allem in Litauen, Lettland und der Westukraine – von der SS „Selbstreinigungsaktionen“ genannt –, denen die als Besatzungsmacht verantwortliche Wehrmacht tatenlos zusah, wurden rasch abgelöst von systematischen Erschießungen durch die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD. Beschränkte man sich anfangs ‚nur‘ auf jüdische Männer im wehrfähigen Alter, so wurden spätestens ab August 1941 ganze jüdische Gemeinden durch Massenerschießungen ausgerottet. In jedem kleineren weißrussischen oder ukrainischen Ort war die Opferzahl mindestens vierstellig. Schätzungen zufolge ermordeten die deutschen Besatzer zwischen 2,5 und 2,6 Millionen sowjetische Juden. Die Wehrmacht leistete nicht selten logistische Unterstützung.

Ähnlich gestaltete sich die mörderische Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht, SS und Ordnungspolizei im Rahmen des Anti-Partisanenkampfes, wo zwischen 1942 und 1943, vor allem auf dem Gebiet Weißrusslands, ganze Landstriche in „Wüstenzonen“ verwandelt wurden. Tausende von Dörfern wurden niedergebrannt, Hunderte von ihnen samt der Bevölkerung, die man zuvor in die Dorfscheune oder Kirche gesperrt hatte. Allein für Belarus, das mit mehr als einem Viertel seiner Bevölkerung den prozentual größten Blutzoll zahlen musste, belaufen sich die Schätzungen auf 300.000 bis 350.000 getötete Menschen.

(Wer sich von den Gräueltaten einen Eindruck verschaffen will, sollte die weißrussische Gedenkstätte Chatyn, den „Friedhof der Dörfer“, besuchen oder, wenn er es ertragen kann, sich den Film „Komm und sieh/ Иди и смотри“ von Elen Klimow aus dem Jahre 1985 ansehen.)

Bei ihrem erzwungenen Rückzug hinterließen die deutschen Truppen eine Spur der Verwüstung. Ziel der deutschen Führung war es nun, nur „verbrannte Erde“ zurückzulassen. Alles, was irgendwie lebenswichtig war, sollte zerstört werden: Industrieanlagen, Bergwerke, Wasser- und Elektrizitätswerke, Brücken, Dämme, Schleusen, das Schienennetz, Landmaschinen, Mühlen, Molkereien, die Ernte auf den Feldern, ebenso Transportmittel und Vorräte aller Art, soweit man sie nicht abtransportieren konnte. Die arbeitsfähige Zivilbevölkerung wurde zwangsevakuiert, oft unter grauenhaften Bedingungen. Der schnelle sowjetische Vormarsch verhinderte, dass dies überall im angestrebten Umfang geschah.

Zieht man eine Bilanz dieses barbarischsten aller Kriege und stellt man die Zahl der toten Sowjetbürger, fast 27 Millionen, den ursprünglich anvisierten 30 Millionen gegenüber, so muss man zynisch konstatieren, dass die Besatzer ihr national-sozialistisches Planziel annähernd erreicht haben.

Umso größer das Wunder – jeder, der dort hinreist, wird das bestätigen –, dass in den Bevölkerungen der am schlimmsten betroffenen Länder Belarus, der Ukraine und Russland keinerlei Hass auf die Deutschen herrscht. (Jedenfalls war das bis vor Kurzem noch so …) Dies ist eine zivilisatorische Vorleistung ohnegleichen, die in Deutschland noch immer nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn angemessen gewürdigt wird!

Nachkriegsamnesie …

Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik, wo der Verfasser dieses Essays geboren wurde, verhinderte der aufkommende Kalte Krieg mit dem erneuerten Feindbild „Sowjetunion“ jahrzehntelang die Beschäftigung mit den beispiellosen Gräueltaten, die die deutschen Besatzer dort verübt hatten. Direkte menschliche Kontakte zwischen den Bevölkerungen beider Länder verhinderte auf Seiten des Westens der Eiserne Vorhang. (Und heute, anno 2026, sind wir, was Russland und Belarus angeht, wieder in derselben Situation.) Manche Kriegsgefangene brachten immerhin den Satz „Der Russe an sich ist gut!“ mit nach Hause. Die verantwortlichen Massenmörder, sofern sie überlebt hatten, zogen sich meist unauffällig in ein bürgerliches Leben zurück, die wenigsten von ihnen wurden juristisch belangt.

In den Fünfzigerjahren erschien eine ganze Rechtfertigungsliteratur ehemaliger Wehrmachtsgeneräle unter dem Motto: „Ohne Hitlers idiotische Kriegsführung hätten wir den Krieg doch noch gewonnen!“ Als die Verbrechen der SS-Einsatzgruppen nicht mehr zu leugnen waren, hielt man umso hartnäckiger am Bild der „sauberen Wehrmacht“ fest. Dies war psychohygienisch umso erforderlicher, als die 18 Millionen Wehrmachtssoldaten ja einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung darstellten. Grundsätzlich ins Wanken gebracht wurde diese Legende erst durch die beiden Wanderausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Verbrechen der Wehrmacht“ (1995-1999 sowie in überarbeiteter Form 2001-2004), die über einen langen Zeitraum massiven – nicht nur publizistischen – Gegenwind ernteten.

Selbst, dass es sich beim Krieg gegen die Sowjetunion um keinen Krieg im herkömmlichen Sinne handelte, sondern um einen Vernichtungskrieg, in dem die Regeln des damals geltenden Kriegsvölkerrechts von Beginn an willkürlich außer Kraft gesetzt worden waren, war jahrzehntelang überhaupt nicht und ist heute bestenfalls rudimentär im Bewusstsein der Deutschen verankert. (Und genau dieser Begriff degeneriert nun durch zunehmend inflationären Gebrauch ausgerechnet in umgekehrter Richtung zur beliebig verwendbaren Floskel oder Kampfformel!) Entsprechend gering ausgeprägt ist nach wie vor die Empathie für das Leiden der Menschen in Russland und Belarus während der deutschen Besatzung. (Bezogen auf die Ukraine wird das nun anders – aus durchsichtigen Gründen, versteht sich!)

Wirkliche Verständigungsversuche fanden in Westdeutschland bis zur Wiedervereinigung nur spärlich und eher ‚von unten‘ statt: Unter anderem in ersten interkonfessionellen Kontakten – die evangelischen Kirchen Deutschlands veröffentlichten ‚schon‘ Ende der Achtzigerjahre eine Denkschrift „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ –, später ab den Neunzigerjahren von Mensch zu Mensch in den deutsch-russischen Städtepartnerschaften, dem Deutsch-Russischen Forum oder einer Reihe von Einzelinitiativen wie zum Beispiel der deutsch-russischen Initiative „Musik für den Frieden – Музыка ради Мира“.

… aktuelle Behinderungen …

All diese Kontakte – sollten sie überhaupt noch existieren – sind seit dem 24. Februar 2022 von deutscher Seite einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Reisen via Bahn, Bus oder Flugzeug direkt nach Russland oder Weißrussland sind durch das Sanktionsregime gecancelt und nur noch über zeitaufwändige und kostspielige Umwege (wie Belgrad, Istanbul, Baku) möglich. Westliche Kreditkarten funktionieren in Russland aus denselben Gründen ebenfalls nicht mehr. Die entsprechend großen Bargeldsummen, die nun mitgenommen werden müssen, sollte man vor dem Grenzübertritt alle in Dollar

umtauschen, in Euro können sie sonst von den EU-Behörden konfisziert werden. Visa für russische Staatsbürger werden, wenn überhaupt, nur noch in seltenen Ausnahmefällen ausgestellt.

Und über 80 Jahre nach Kriegsende wird auch das offizielle Gedenken (so es denn noch stattfindet) im politischen und Mediendiskurs durch eine neue geopolitische Instrumentalisierung überlagert, bei der nun die gefallenen Soldaten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine gegeneinander in Stellung gebracht werden: Das noch von Annalena Baerbock geführte Auswärtige Amt riet zum 8./9. Mai vergangenen Jahres – angeblich aus Sorge vor „russischer und belarussischer Propaganda“ – in einer „Handreichung an Länder, Kommunen und Gedenkstätten des Bundes“ davon ab, die Teilnahme von Vertretern von Russland und Belarus bei Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges zuzulassen und empfahl, ihnen gegebenenfalls den Zugang zu den Mahnmalen zu verwehren. Der Bundestag schließlich schloss sie auch noch von der zentralen Gedenkfeier aus. (Im Grunde alles nicht weiter tragisch, schließlich sind Russen, laut einer Florence Gaub, ja eh „keine Europäer“!)

… und neuer deutscher Größenwahn

Aber das alles reicht noch lange nicht: Der aktuelle Kanzler verspricht vollmundig, das Land zur „größten konventionellen Militärmacht Europas“ hochzurüsten und der Chef der deutschen Luftwaffe, Generalleutnant Holger Neumann, der es offenbar schon gar nicht mehr erwarten kann, tönt just eine Woche vor dem 85. Jahrestag des Überfalls im vertrauten Sound: „Wir sind bereit, heute Nacht gegen Russland zu kämpfen!“ Konkrete Ziele für „verheerende Luftschläge auf russischem Territorium“: die Exklave Kaliningrad, die Militärflotte am Schwarzen Meer sowie die Atomwaffenstützpunkte auf der Kola-Halbinsel. (Alles natürlich nur im Falle eines „russischen Angriffs auf NATO-Gebiet“.)

Vergangenheitsbewältigung im auf „Kriegstüchtigkeit“ gegen Russland getrimmten Deutschland dreieinhalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung.

Titelbild: Bundesarchiv